

Beschlussvorlage

 zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**
Betreff
Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 und 2008 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
Beschlussorgan

Rat

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis						
	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig	mehr- heitlich gegen
Rechnungsprüfungsausschuss	03.09.2009 5.1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Finanzausschuss	07.09.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Rat	10.09.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

Der Rat nimmt den Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur Kenntnis.

In Teilen des Prüfberichts werden Vorschläge zu möglichen Einsparpotentialen benannt, die entgegen der bestehenden politischen Beschlusslage stehen. Von einer Umsetzung dieser Vorschläge sieht der Rat derzeit ab.

Die Verwaltung wird aufgefordert die übrigen Empfehlungen in die anzustellenden Überlegungen zur Konsolidierung des Haushalts -unter Berücksichtigung der Ergebnisse bereits erfolgter Aufgabenanalysen und weiterhin gewünschter bzw. erforderlicher Qualitätsmerkmale- einzubeziehen.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten	b) Sachkosten
	€	%			€	€
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro)				Einsparungen (Euro)		

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW hat in den Jahren 2007 und 2008 bei den kreisfreien Städten des Landes eine vergleichende Betrachtung zur Analyse der Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Die Prüfung erfolgte auf Basis hoch aggregierter und steuerungsrelevanter Kennzahlen.

Um einen umfassenden Vergleich der Wirtschaftlichkeitsdaten zu ermöglichen, wurden in einem zweistufigen Verfahren alle 23 kreisfreien Städte in NRW parallel durch vier Teams geprüft. Im ersten Prüfungsblock wurden die erforderlichen Daten erhoben, als interkommunale Vergleichsreihe dargestellt und mit den Städten hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Richtigkeit abgestimmt.

In der zweiten Phase wurden die erhobenen Daten aller Städte in den interkommunalen Vergleich gestellt und auf dieser Basis analysiert. Die Ergebnisse der Analyse werden im Bericht als „Feststellung“ benannt. Damit kann sowohl eine positive als auch eine negative Wertung verbunden sein. Aus den Untersuchungen anerkannte Verbesserungspotenziale werden als „Empfehlung“ aufgeführt.

Die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung wurden in der Sitzung des Stadtvorstands am 22.10.2008 von Vertretern der Gemeindeprüfungsanstalt NRW präsentiert.

Die aktuelle Konjunktorentwicklung, die zu deutlichen Einbrüchen bei den Gewerbesteuererträgen, aber auch zu Aufwandserhöhungen im Bereich der Transferleistungen führen wird, lässt negative Auswirkungen auf den städtischen Haushalt erwarten. Ebenso wird ein Rückgang bei den Anteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer befürchtet.

Daher muss die Verwaltung -um ein Abgleiten in die Haushaltssicherung zu vermeiden- alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um ihre Leistungserbringung weiterhin aufrechterhalten zu können bzw. zu optimieren.

Der vorgelegte Prüfbericht der GPA NRW unterbreitet -trotz der geübten und nachvollziehbaren Kritik an der Methodik des Prüfablaufs und an Teilen der auf Kennzahlenvergleiche beruhenden Ergebnisse- umfangreiche Empfehlungen zu möglichen Einsparpotentialen und Wirtschaftlichkeitseffekten, die zur Gegensteuerung beitragen können.

Die wesentlichen Inhalte des Prüfberichtes wurden geordnet nach Prüfgebieten wie folgt zusammengefasst (Auszug aus dem GPA-Bericht, Seiten 27 - 37):

Finanzen (Details siehe GPA-Bericht Vw 1 - 61)

- *„Die Stadt Köln kann im Prüfzeitraum ab 2005 eine freie Spitze erwirtschaften. Im ersten Jahr nach Umstellung auf das NKF sieht der Haushaltsplan einen Überschuss von rund 11,8 Mio. Euro im Ergebnisplan vor. In den Folgejahren verschlechtert sich die finanzielle Situation und die Stadt wird bis 2011 ihre Ausgleichrücklage um rund 276 Mio. Euro reduzieren.*
- *Das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2007 wurde durch die Bezirksregierung genehmigt. Mit der NKF-Einführung zum 01.01.2008 kann die Stadt Köln die Haushaltssicherung verlassen.*
- *Die strukturelle Situation hat sich insgesamt im Betrachtungszeitraum verbessert. Ursächlich sind letztlich die allgemeine wirtschaftliche Erholung mit steigenden Steuereinnahmen und die im Rahmen der Haushaltssicherungskonzepte beschriebenen und umgesetzten Maßnahmen.*
- *Perspektivisch weist die dem Haushaltsplanentwurf 2008 zugrunde liegende Planung den Weg zu einem konsolidierten Haushalt auf. Aufgrund der enthaltenen Risiken und sich bereits abzeichnender Verschlechterungen bleibt der seit Jahren bestehende Konsolidierungsdruck jedoch vordringlich.*
- *Im Rahmen unserer Prüfung sind zahlreiche Einsparmöglichkeiten, sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabeseite aufgezeigt worden. Durch die genannten Maßnahmen ist eine Verbesserung der strukturellen Situation um rund 67 Euro je Einwohner möglich.*
- *Durch die Realisierung der im Gesamtbericht enthaltenen Potenziale können die in der Finanzplanung enthaltenen Risiken reduziert werden.*
- *Die Stadt Köln nimmt die Aufgaben des Beteiligungsverwaltung und -steuerung durch die der Kämmerei direkt zugeordnete Abteilung Beteiligungsverwaltung wahr. Es bestehen Stellenbeschreibungen und Aufgabenzuordnungen, jedoch keine Dienstanweisungen oder Beteiligungsrichtlinien. Der Beteiligungsbericht entspricht den gesetzlichen Vorgaben, kann jedoch hinsichtlich zukünftiger finanzwirtschaftlicher Daten optimiert werden. Das Rechnungsprüfungsamt nimmt die per Ratsbeschluss übertragenden Prüfrechte bei den Beteiligungen wahr.“*

Innere Verwaltung (Details siehe GPA-Bericht Vw 1 - 61)

- *„Im Prüfgebiet „Innere Verwaltung“ werden in Köln insgesamt rund 42,1 Mio. Euro Personalausgaben betrachtet. Im interkommunalen Vergleich der Personalausgaben der „Inneren Verwaltung“ wird bezogen auf den Einwohner ein durchschnittlicher Wert erzielt. Aus diesem umfangreichen Gebiet werden exemplarisch auf den Ebenen mit interkommunal vergleichbaren Leistungsdaten Potenziale ermittelt, diese sollten insbesondere durch Betrachtungen von Prozessen überprüft werden. In den einzelnen Produkten und Leistungen der Stadt Köln ergibt sich ein Gesamtpotenzial von rund 3,1 Mio. Euro.*
- *Bei den „Personalausgaben der Rechnungsprüfung je Einwohner“ erreicht Köln mit rund 4,3 Mio. Euro einen durchschnittlichen Wert im interkommunalen Vergleich. Ei-*

ne strategische Prüfungsplanung sowie der Beginn der risikoorientierten Prüfung unterstreichen diesen Wert.

- Die Bearbeitung von juristischen Angelegenheiten findet nicht ausschließlich im Rechts- und Versicherungsamt der Stadt Köln statt, sie ist von hoher Dezentralität gekennzeichnet. Die Stadtverwaltung sollte unbedingt eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchführen, dafür ist es erforderlich Transparenz über die beschäftigten Juristen zu erlangen. Unter Berücksichtigung von Steuerungsaspekten und der Erzielung von Synergien, sollte eine grundsätzliche Entscheidung über eine Zentralisierung oder die Beibehaltung der dezentralen Strukturen erfolgen.
- Im Personalmanagement zeigen sich, bei einem Personalausgabevolumen von rund 11,5 Mio. Euro, bei den Leistungskennzahlen Werte, die im Bereich Personalabrechnung und Personalbetreuung noch Handlungsmöglichkeiten eröffnen.
- Im interkommunalen Vergleich des Produktes „Finanzmanagement“ wird bei der Stadt Köln mit Personalausgaben in Höhe von rund 20,8 Mio. Euro im Vergleich ein durchschnittlicher Wert erzielt. Bei der Intensität der Fallbearbeitung im Bereich der Vollsteckung wird im Städtevergleich ein optimaler Wert erzielt.
- Die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung durch die GPA NRW in allen zehn Fachgebieten sollte Anlass sein, für das Organisationsamt eine Prioritätenliste für Untersuchungen zu erstellen, die zentral koordiniert wird. Im Rahmen einer transparenten Gesamtübersicht über Organisationsprojekte sowie einer städtischen Gesamtstrategie ist die flächendeckende zentrale Organisation bei der Stadt Köln positiv zu bewerten.
- Im interkommunalen Kennzahlenvergleich der Ausgaben der politischen Gremien, bezogen auf die Einwohner, erreicht die Stadt Köln mit rund 3,5 Mio. Euro in ihrer Größenklasse den Minimalwert. Bezogen auf die Ratsmitglieder wird ein überdurchschnittlicher Wert erzielt, den es zu verbessern gilt. Mögliche, allerdings überwiegend von der politischen Vertretung selbst zu treffende Optimierungsentscheidungen, wie z. B. eine weitere Verringerung der Ratsmandate, die Zusammenlegung von Ausschüssen oder der Wechsel in der Auszahlung der Aufwandsentschädigungen auf die ausschließliche Pauschale sollten angegangen werden.“

Jugend (Details siehe GPA-Bericht Ju 1 - 56)

- „Der Zuschussbedarf des Jugendamtes der Stadt Köln liegt in 2006 bei insgesamt 242.334.157 Euro und 245 Euro je Einwohner. In den Jahren 2004 bis 2006 steigt der Zuschussbedarf kontinuierlich jedoch sehr moderat an.
- Der Zuschussbedarf entwickelt sich in Abhängigkeit vom Zuschussbedarf der Hilfe zur Erziehung und der Tagesbetreuung für Kinder. Der Zuschussbedarf dieser beiden Aufgaben umfasst landesweit 70 bis 80 Prozent des Zuschussbedarfes der Jugendämter, in der Stadt Köln sind es rund 77 Prozent.
- Der Zuschussbedarf der Hilfe zur Erziehung liegt bei insgesamt 85.900.495 Euro und bei 87 Euro je Einwohner. Im Betrachtungszeitraum ist der Zuschussbedarf auf Grund gezielter Steuerung sehr konstant.
- Ergebnisverbesserungen können durch eine weitere Optimierung Leistungssteuerung mit einer stärkeren Ausprägung der Aufgaben von Qualitätsentwicklung und

Qualitätssicherung im Sozialen Dienst mit den Schwerpunkten des Ausbaues präventiver und ambulanter Hilfen, einer ausreichenden Personalisierung der Aufgaben nach § 8a SGB VIII, einer Intensivierung der Überprüfung von Zielerreichung, Leistungsumfang und Vergütung sowie der Weiterführung der gezielten Reintegration bei den stationären Hilfen erreicht werden. Sowohl im Jugendamt wie auch im Verhältnis zu den Angeboten der freien Träger können Zugänge zu präventiven Leistungen (Erziehungsberatung, Elternschule, Gruppenarbeit etc.) weiterentwickelt werden.

- *Der Zuschussbedarf der Tagesbetreuung für Kinder liegt in 2006 bei insgesamt 101.330.343 Euro und erreicht mit 102 Euro je Einwohner den maximalen Wert im interkommunalen Vergleich. Im Betrachtungszeitraum steigt der Zuschussbedarf kontinuierlich jedoch moderat an. Der Zuschussbedarf der Tageseinrichtungen je Platz befindet sich ebenfalls auf maximalem Niveau. Der Zuschussbedarf der Tagesbetreuung für Kinder wird maßgeblich beeinflusst durch die Ausprägung der Qualität des Angebotes und die vorhandenen Träger- und Gruppenstrukturen. Die überdurchschnittlichen Anteile kostenintensiver Gruppen von Elterninitiativen und Gruppen armer Träger sowie personalintensiver altersgemischter Gruppen begründen in Verbindung mit einer unterdurchschnittlichen Elternbeitragsquote die festgestellte Höhe des Zuschussbedarfes im interkommunalen Vergleich.*
- *Ergebnisverbesserungen bzw. eine Senkung des Zuschussbedarfes können insbesondere durch eine weitere Steigerung des Anteils der Tagespflegeangebote (wirtschaftliche Alternative zur institutionellen Betreuung) sowie einer Optimierung der Elternbeitragshebung (Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen) erreicht werden.*
- *Die Steuerungsleistungen im Jugendamt sind überwiegend bereits gut ausgeprägt. Ein für die weitere Optimierung der Aufgabenwahrnehmung notwendiges IT-Gesamtverfahren zur elektronischen Unterstützung des Workflow ist noch nicht vorhanden.*
- *Die im Bericht aufgezeigten Möglichkeiten der Ergebnisverbesserung (Potenziale) belaufen sich, orientiert an den jeweiligen Benchmarks, auf insgesamt 29.605.399 Euro, je Einwohner auf 29,91 Euro.“*

Soziales (Details siehe GPA-Bericht So 1 - 55)

- *„Der Zuschussbedarf der Hilfe zur Pflege liegt im Jahr 2006 in der Stadt Köln bei insgesamt 36.966.150 Euro und bei 37,35 Euro je Einwohner. Gegenüber den Vorjahren konnte der Zuschussbedarf trotz gestiegener Fallzahlen gesenkt werden.*
- *Der Zuschussbedarf je Leistungsbezieher erreicht mit 7.527 Euro im interkommunalen Vergleich einen überdurchschnittlich hohen Wert. Geprägt wird die Höhe des Zuschussbedarfes durch zwei Einflussgrößen. Auf der einen Seite stehen die hohen Aufwendungen für die stationären Leistungsfälle, die im interkommunalen Vergleich den zweithöchsten Betrag erreichen. Auf der anderen Seite sind die im ambulanten Bereich sehr guten Steuerungsleistungen zu sehen, die beispielhaft den Anteil dieser Hilfeform auf 43 Prozent der Gesamtfälle bringen. Die Aufwendungen für die ambulanten Leistungen sind außerdem durch die Vorgaben der Pflegefachkräfte auf einem niedrigen Entgeltniveau.*

- *Handlungsmöglichkeiten zur Senkung des Zuschussbedarfes sehen wir in der Beeinflussung der Entgelte durch die Stadt Köln für die stationären Leistungen und die Erhöhung der Einnahmen durch konsequente Durchsetzung aller Ansprüche. Im Jahr 2007 zeigen sich bereits durch die merkliche Erhöhung der Einnahmen für die stationären Hilfen Verbesserungen.*
- *Die im Bericht aufgezeigten Möglichkeiten der Ergebnisverbesserung (Potenziale) belaufen sich mittelfristig auf 7,00 Millionen Euro, je Einwohner 7,00 Euro.“*

Gebäudewirtschaft (Details siehe GPA-Bericht Gw 1 - 63)

- *„Die Analysen zur Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zeigen ein heterogenes Bild des Themenkomplexes auf. So lassen sich gute organisatorische Verknüpfungen von Aufgabenstellungen wie auch positive Verfahrensweisen in einzelnen Themenfeldern der Gebäudewirtschaft auf der einen Seite sowie organisatorische Systembrüche und Optimierungsbedarfe auf der anderen Seite benennen. Ein großes Manko sehen wir im nicht aufeinander abgestimmten und integrierten Datenbestand, der idealerweise sämtliche Flächen, Ausgaben und weitere für die Steuerung relevanten Grunddaten an einer Stelle zusammenführen sollte. Im Ergebnis folgt hieraus, dass eine erhebliche Dateninkonsistenz bei den Flächendaten als „dem“ Grunddatum der Immobilienwirtschaft besteht.*
- *Gleichfalls verbesserungsbedürftig und Ursache für die zuvor genannte Dateninkonsistenz ist die aufbau- und ablauforganisatorische Ausgestaltung gebäudewirtschaftlicher Aufgaben. Zwar existiert mit der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Zentrale Gebäudewirtschaft der Stadt Köln“ eine Organisationseinheit, die wesentliche Teilaufgaben des kommunalen Gebäudemanagements für einen Teilbestand der kommunalen Gebäude wahrnimmt, jedoch nicht vollständig. So besteht ein Systembruch in Form der Ausgliederung der wichtigsten infrastrukturellen Gebäudedienstleistungen (Reinigung und Hausmeisterdienste) auf andere Organisationseinheiten, ein anderer durch Vorhalten von Parallelorganisationen zur Zentralen Gebäudewirtschaft für Gebäudegruppen wie Kultur- oder Feuerwehrgebäude.*
- *In Anlehnung an das ursprüngliche Konzept zur Zentralisierung gebäudewirtschaftlicher Aufgabenstellungen in der Stadt Köln aus den Jahren 1995/96 sehen wir hier Optimierungsbedarf.*
- *Das Niveau der Bewirtschaftungsausgaben ist, soweit die Kennzahlenauswertungen auf Basis der invaliden Flächendaten überhaupt eine Beurteilung erlauben, unauffällig und liegt je nach verwendeter Bezugsfläche entweder nahe dem Minimum bzw. dem interkommunalen Mittelwert.*
- *Ursächlich für die günstige Kennzahlenausprägung bei den Bewirtschaftungsausgaben sind u. a. die Reinigungsdienste, die über eine hohe Fremdreinigungsquote verbunden mit einer professionellen Aufgabenwahrnehmung und eher niedrigen Reinigungsstandards zur Haushaltsentlastung beitragen. Weitere Optimierungsmöglichkeiten sehen wir hier in einer Veränderung der Entlohnungsstruktur (EG 1 TVöD) der Eigenreinigung bzw. in einem zweiten Schritt in einem vollständigen Verzicht auf die gegenüber der Fremdreinigung unwirtschaftlicheren Eigenreinigung (der EG 2 TVöD). Gleichfalls unauffällige Werte ermittelten wir bei den Hausmeisterdiensten. Diese beruhen jedoch nicht auf einer effektiven Steuerung, sondern sind Ursache der zersplitterten Kompetenzen, die es uns nicht ermöglichten, sämtliche auf die Hausmeisterdienste entfallenden Ausgaben zu kumulieren. Insofern handelt es sich*

hier nur um eine Teilausgabenbetrachtung. Die Hausmeisterdienste erachten wir für dringend optimierungswürdig und empfehlen die Zentralisierung dieser infrastrukturellen Gebäudedienstleistung bei der Zentralen Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

- *Kostentreibend stellen sich die Kennzahlenausprägungen der Versorgungsmedien, insbesondere Wärme und Strom dar. Neben der verbesserungsbedürftigen Datenlage in Bezug auf die Verbrauchsdaten mit weiteren und zeitnäheren Kennzahlenauswertungen sehen wir hier Handlungsmöglichkeiten sowohl durch weitere energetische Verbesserungen der Bausubstanz und der Gebäudetechnik, als auch in der stärkeren Einbeziehung der Nutzer und in der Verdichtung der Nutzungen in räumlicher und zeitlicher Hinsicht, abgestimmt auf die Energieeffizienz des Gebäudebestandes.*
- *Gute Ansätze fanden wir beim Thema Flächenmanagement für Verwaltungsgebäude im operativen Bereich, dem Raummanagement. Die vorhandene Datentransparenz ermöglicht ein effektives Raummanagement mit dem Ziel der optimalen Belegung des vorhandenen Raumbestandes. Die strategische Vorgehensweise, die die Effizienz des vorhandenen Gebäudebestandes auswertet und daraus abgeleitet langfristige Maßnahmenpläne zu Optimierung des Gebäudeportfolios erstellt, ist dagegen deutlich ausbaufähig. Ein weiteres Hauptaugenmerk sollte auf die flächenintensiven Schulen gelegt werden. Wegen der widersprüchlichen Grunddaten war es uns nicht möglich inhaltliche Aussagen zu möglichen Flächenbedarfen oder -überhängen zu treffen. Hier empfehlen wir der Stadt Köln im Nachgang zu unseren Betrachtungen, auf Basis der noch zu verifizierenden Flächen, detaillierte Kennzahlen zu entwerfen, die die Beurteilung derzeitiger oder zukünftiger Flächenveränderungen unterstützen.*
- *Die von uns aufgezeigten Aufgaben können nicht von einer Organisationseinheit alleine gelöst werden. Vielmehr bedarf es eines Zusammenspiels aller beteiligten Organisationseinheiten unter Federführung des Verwaltungsvorstandes und ggf. der Einbeziehung politischer Beschlussgremien.“*

Bauleistung (Details siehe GPA-Bericht Ba 1 - 13)

- *„Die Allgemeine Korruptionsprävention ist sehr gut aufgestellt mit kaum erkennbaren Optimierungspotenzialen. Die Organisation des Vergabewesens entspricht unserer Idealvorstellung.*
- *Das Nachtragswesen kann durch verschiedene zentrale Auswertungen noch verbessert werden.*
- *Ein Bauinvestitionscontrolling ist in der Kämmerei eingerichtet und noch in einigen Punkten zu verbessern. Einige der Finanzsteuerungselemente sind in der Stadt Köln in den Fachämtern angesiedelt, da hier die Budgetverantwortung liegt.“*

Infrastruktur (Details siehe GPA-Bericht In 1 - 26)

- *„Das Ausgabevolumen der Stadt Köln für die Straßenunterhaltung ist im Vergleich der 23 kreisfreien Städte mit 31,03 Euro je Einwohner unterdurchschnittlich, mit 0,91 Euro je Quadratmeter Straßenfläche ebenfalls. Um genaue Aussagen zum Straßenvermögen treffen zu können, sollten die Straßenabschnitte in Zustandsklassen eingeteilt und in einer Zeitreihe analysiert werden. Zur Verbesserung der Steuerungs-*

möglichkeiten sollte die vorhandene Kostenrechnung um Leistungskennzahlen erweitert werden, strategische und operative Ziele gesteckt werden.

- *Bei den Energieausgaben der Straßenbeleuchtung lässt sich bereits erkennen, dass fast alle Handlungsspielräume genutzt wurden. Hier sehen wir ein Potenzial von 258.000 Euro, welches sich jedoch nur noch über Investitionen in energiesparende Maßnahmen realisieren lässt.*
- *Die Ausgaben für die Grünflächenunterhaltung liegen bei 20,83 Euro je Einwohner fast am Höchstwert und mit 7.150 Euro je Hektar unter dem Durchschnitt, aber noch über dem erreichbaren Benchmark von 4.918 Euro je Hektar. Steuerungsoptimierungen sind in diesem Bereich noch möglich, vor allem durch das Zusammenführen der Flächen- und Leistungsdaten. Wir sehen ein Potenzial von 6.400.000 Euro in der Reduzierung der Pflegestandards der Park- und Grünanlagen der Stadt Köln.“*

Öffentlicher Gesundheitsdienst (Details siehe GPA-Bericht Ge 1 - 57)

- *„Die Stadt Köln unterliegt als die mit Abstand bevölkerungsreichste Kommune in Nordrhein-Westfalen in einzelnen Arbeitsbereichen einer erhöhten medizinischen Interventionspflicht. Trotzdem erzielt sie beim „Zuschussbedarf des Gesundheitsdienstes je Einwohner“ ein Ergebnis unter dem landesweiten Durchschnitt. 17 der 23 kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen weisen einen höheren Zuschussbedarf als die Stadt Köln aus.*
- *Die Gesamtausgaben im Gesundheitsamt der Stadt Köln zeigen sich, insbesondere durch den moderaten eigenen Personaleinsatz und die geringen Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte, in der interkommunalen Betrachtung aller kreisfreien Städte unterdurchschnittlich. Infolge der in der Vergangenheit durchgeführten Haushaltskonsolidierungsprozesse ist die vorgehaltene Personalkapazität im Gesundheitsamt, trotz neuer gesetzlicher Aufgaben, nicht angestiegen.*
- *Zukünftige Aufgabenwahrnehmungen im Gesundheitsamt müssen sich nach wie vor an der aktuellen kommunalen Haushaltssituation der Stadt Köln orientieren. Dies hat zur Folge, dass bei notwendigen Entscheidungen, wie bisher auch, der Grundsatz der Nachrangigkeit staatlichen Handelns in den Fokus zu nehmen ist. Aufgrund dessen sind das „Ob“ des zukünftigen Aufgabenbestandes und das „Wie“ der zukünftigen Aufgabenerfüllung sowie das damit verbundene Stellenvolumen durch Einbindung von Verwaltung und Politik zu konkretisieren. Die Ausnutzung der natürlichen Fluktuation, insbesondere durch altersbedingtes Ausscheiden der Beschäftigten, bietet in diesem Sinne weitere Gestaltungsmöglichkeiten.“*

Vermessungs- und Katasterwesen (Details siehe GPA-Bericht Ka 1 - 57)

- *„Der Aufgabenbereich „Vermessung und Kataster“ innerhalb des Amtes für Liegenschaften, Vermessung und Kataster der Stadt Köln weist eine im Verhältnis zur Einwohnerzahl insgesamt relativ geringe Personalintensität auf. Auch in fast allen untersuchten Produkten und Leistungsbereichen weisen unterdurchschnittliche und somit günstige „Personalquoten“ im Bezug zur Einwohnerzahl auf eine der Größe der Stadt Köln angemessene, teilweise sogar zurückhaltende Personalausstattung hin. Kennzeichnend ist weiterhin eine überdurchschnittliche Altersstruktur mit einer zu erwartenden erheblichen altersbedingten Fluktuation in den nächsten Jahren.*

- *Zum Erhalt der fachlichen Leistungsfähigkeit sollte ein für das Vermessungs- und Katasterwesen spezifisches Personalentwicklungskonzept erstellt werden mit der gezielten Förderung und Qualifizierung junger eigener Nachwuchskräfte, um eine Verjüngung der Mitarbeiterschaft zu erreichen.*
- *Konsolidierungspotenzial sehen wir hauptsächlich im Produkt „Führung, Bereitstellung und Abgabe von Geobasisinformationen“, wenngleich hier die Stadt Köln bei der Gesamtstellenausstattung insbesondere beim unmittelbaren Einwohnerbezug deutlich unter dem Mittel der fünf größten Vergleichsstädte liegt.*
- *Bei den Leistungskennzahlen im Bereich Übernahme von Teilungsvermessungen ist eine unterdurchschnittliche Produktivität zu verzeichnen, die jedoch zum Teil den strukturellen Besonderheiten in der Stadt Köln und dadurch aufwändigeren Übernahmearbeiten geschuldet ist. Erfreulich über dem Mittel liegende Leistungskennzahlenergebnisse erreicht die Stadt Köln hingegen bei der Übernahme von Gebäudeobjekten und der Zusammenstellung von Vermessungsunterlagen; im letztgenannten Leistungsbereich stellt sie sogar den Bestwert im interkommunalen Vergleich.*
- *Auch wenn die Stadt Köln bei der globalen Betrachtung über die hochaggregierten Kennzahlen „Bereinigte Ausgaben für das Vermessungs- und Katasterwesen je Einwohner“ und „Bereinigte Ausgaben für Kataster, Geoinformation und Wertermittlung“ sowie in der Gesamtstellenausstattung zum Teil deutlich unterdurchschnittlich positioniert ist, ergeben sich, wenn auch nur relativ geringe und langfristig realisierbare, Potenziale in den untersuchten Aufgabenbereichen.“*

Kultur (Details siehe GPA-Bericht Ku 1 - 48)

- *„Der Zuschussbedarf je Einwohner bewegt sich bei der Stadtbibliothek Köln interkommunal auf einem unteren Niveau, Nahe dem Minimalwert. Neben einer Stärkung der Zentrale und einer Reduzierung der Standorte bestehen durch den Einsatz moderner Bibliothekstechniken und regelmäßigen Entgeltanpassungen weitergehende Potenziale.*
- *Der Zuschussbedarf der Rheinischen Musikschule stellt einwohnerbezogen im interkommunalen Vergleich den Minimalwert dar. Der Zuschussbedarf weist angesichts abnehmender Einnahmen eine steigende Tendenz auf. Weitere Potenziale sind durch die vermehrte Beschäftigung von zeitlich befristetem Personal, die stärkere Orientierung auf Gruppenunterrichtsangebote und durch regelmäßige Entgelterhöhungen weiterhin möglich.*
- *Die VHS Köln liegt im interkommunalen Vergleich beim Zuschussbedarf je Einwohner im Jahr 2006 im mittleren Bereich unserer Klassierung. Im Prüfungszeitraum ist eine Straffung des Leistungsangebotes, eine Reduzierung des Personals bei einem gleichzeitig abnehmenden Zuschussbedarf festzustellen. Handlungsfelder zu einer weiteren Senkung des Zuschussbedarfs bestehen durch eine Stärkung des rentablen Kursbereichs, einer Reduzierung der hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter und einer Optimierung der Unterrichtsstandorte.“*

In der Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht wird deutlich, dass teilweise erhebliche Unterschiede in der Betrachtungsweise und Bewertung einiger Prüffelder zwischen der Verwaltung und der GPA bestehen.

So wurde beispielsweise Kritik an der Methodik des Berichtes geäußert, der sich grundsätzlich an den niedrigsten Vergleichswerten (i.d.R. Benchmarks) ausrichtet. Die durch das GPA berechneten Kennzahlen finden keine uneingeschränkte Zustimmung durch die Verwaltung.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Wirtschaftlichkeit nicht immer gleichzusetzen ist mit dem günstigsten Ergebnis. Kosten und Qualität der Leistung müssen immer im Verhältnis zu einander betrachtet werden. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass einige Vorschläge im Bericht konträr zur politischen Beschlusslage der Stadt stehen.

Ansonsten wurde das Handeln der Verwaltung vielfach bestätigt und der Bericht enthält ebenfalls wertvolle Hinweise und Anregungen.

Dem Rechnungsprüfungsausschuss wurde der Bericht gemäß § 105 GO NRW mit der Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung am 24.03.2009 zur Beratung vorgelegt und gemäß Beschlussfassung in die Fachausschüsse verwiesen. Diese haben in ihren jeweiligen Sitzungen den Bericht sowie die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen (Anlage 2).

Mit dieser Vorlage unterrichtet der Rechnungsprüfungsausschuss den Rat über die wesentlichen Inhalte des überörtlichen Prüfergebnisses der Gemeindeprüfungsanstalt und über das Ergebnis der Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss am 24.03.2009 (Anlage 1).

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.